

Interpellation

Noch immer keine Lohngleichheit von Mann und Frau

Die aktuellen Statistiken geben Kantonsrätin Anita Panzer (FDP, Feldbrunnen) zu denken. Die Schweiz liegt in Sachen Gleichstellung in einem globalen Vergleich nur noch auf Rang 11 - und verschlechterte sich damit um einen Platz. Zwischen 2010 und 2012 hat sich die Lohnschere zwischen Mann und Frau zudem weiter geöffnet. Frauen verdienen in der Privatwirtschaft um 18,9 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, 2010 waren es noch 18,4 Prozent. Im öffentlichen Sektor betrage diese Differenz immerhin 12,1 Prozent. Ein Teil dieses Unterschieds lasse sich mit dem Alter, der Verantwortung oder dem Profil erklären. «Für zwei Fünftel des Lohnunterschieds gibt es aber keine Erklärung», betonte Panzer. Aufgrund solcher Zahlen plädierte die FDP-Kantonsrätin in einer Interpellation für eine bessere Überprüfung der Lohngleichheit bei öffentlichen Ausschreibungen des Kantons. Beim Kanton sowie der SVP und der Mittefraktion stösst sie damit aber auf taube Ohren.

Unterstützung durch die Linke

Der Kanton setze im öffentlichen Beschaffungswesen zurecht auf die Selbstdeklaration der Unternehmen, meinte Urs Allemann (CVP, Rüttenen). Ob bei der Entrichtung von Sozialabgaben, der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen oder eben der Lohngleichheit von Mann und Frau. «Eine eingehende Überprüfung hätte einen Kontrollapparat zur Folge.» Stichproben hätten zudem ergeben, dass es im Beschaffungswesen zu keine gravierenden Verstössen gekommen sei. Ganz generell sei, so Allemann, das Beschaffungswesen das «falsche Objekt», um die Lohngleichheit durchzusetzen. Es gelte vielmehr, Voraussetzungen zu schaffen, damit Familie und Beruf besser zu vereinbaren sind. Für durchaus berechtigt hält SVP-Kantonsrätin Claudia Fluri (Mümliswil) das Anliegen von Anita Panzer. Von einer besseren Kontrolle im Submissionswesen hält aber auch sie nichts.

Ganz anderes tönt es vonseiten der Linken. «Es ist unverständlich, dass der Regierungsrat nichts unternehmen will, um für Gleichheit zu sorgen», sagte Markus Baumann (SP, Derendingen). Der Kanton habe bei Submissionen eine Verpflichtung zu überprüfen, ob die Kriterien eingehalten werden. Als Vertreterin der Grünen holte Doris Häfliger (Zuchwil) zu einer eigentlichen Grundsatzdebatte über die noch immer nicht realisierte Gleichstellung von Mann und Frau aus. Seit 33 Jahren sei diese in der Bundesverfassung verankert. «Jetzt ist es endlich Zeit, diese auch konsequent umzusetzen.» (ESF)

Kein Geld für Gemeindefusionen

Sparkurs Der Kantonsrat streicht die Fusionsbeiträge - ist der «Heiratsboom» nun zu Ende?

VON SVEN ALTERMATT

Lange waren sie des Teufels, dann ist im Kanton Solothurn ein Heiratsboom ausgebrochen: Sieben Gemeindefusionen gab es zwischen 2005 und 2014, 17 Gemeinden waren daran beteiligt. Der Kanton hat die Fusionen mit fast drei Millionen Franken unterstützt. Und die grösste aller Fusionen ist erst noch in Planung. Doch ausgerechnet jetzt ist Schluss mit der Finanzhilfe: Künftig werden keine Fusionsbeiträge mehr ausbezahlt. 300 000 Franken sollen damit jährlich eingespart werden.

Eine entsprechende Anpassung des Gemeindegesetzes wurde vom Kantonsrat mit 77 zu 12 Stimmen genehmigt, 8 Mitglieder enthielten sich. Die Nein-Stimmen und Enthaltungen stammten vor allem von Kantonsräten aus Gemeinden, die von Beiträgen profitiert hatten. Verena Meyer (FDP) war gestern ihre Fürsprecherin. «Ein Zückerchen vom Kanton kann wahre Wunder wirken», sagte die Präsidentin der Fusionsgemeinde Buchegg. So könnten die Beiträge etwa dazu führen, dass der Steuerfuss nach einer Fusion nicht mehr gleich erhöht werden muss.

Ähnlich sahen das die Grünen: «Die Fusionsbeiträge haben das strukturelle Defizit des Kantons reduziert», sagte Fraktionssprecher Felix Lang (Lostorf).

Und mit der Begründung, das strukturelle Defizit zu senken, wolle man nun auch die Beiträge wieder streichen. Für Lang war klar: «Die Katze beisst sich in ihren eigenen Schwanz.»

Widerwillige Kürzung

In einem Punkt waren sich Regierung und Abschaffungsgegner einig: «Der Anreiz hat zu deutlich mehr Fusionen geführt», so Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler (FDP). Es schmerze sie auch, künftig darauf zu verzichten. Selbst Avenir Suisse habe schon dieses Solothurner Instrument gelobt.

Trotzdem fallen die Beiträge jetzt dem Sparkurs des Kantons zum Opfer. Denn wie hiess es so schön, als der Kantonsrat im Frühjahr das grosse Sparpaket verabschiedete: Alle werden es zu spüren bekommen. Der Kanton war lange ein guter «Helfer in Not», sagte Susan von Sury (CVP, Solothurn) als Sprecherin der Mittefraktion. Doch jetzt müsse man halt sparen. Ähnlich äusserte sich FDP-Sprecher Christian Thalmann (Breitenbach). Regierungsrätin Gassler glaubt, dass sich Solothurner Gemeinden vorerst nicht mehr all zu breitwillig auf eine Fusion einlassen werden.

Ein Hintertürchen gibt es allerdings

noch. Und dieses hält sich der Regierungsrat ziemlich weit offen: mit einer Kann-Formulierung. Die Regierung muss zwar kein Geld mehr auszahlen, sie kann aber. «Damit kann der Kanton die Fusionsbeiträge wieder einführen, wenn es die finanzielle Lage zulässt», sagte Regierungsrätin Gassler. Das Gesetz muss dann nicht mehr erneut geändert werden. Allein, solange die Sparmassnahmen nicht vollständig umgesetzt sind, sollen keine Beiträge mehr ausgerichtet werden. Das heisst: mindestens bis 2017.

«Regierung macht, was sie will»

Kann, kann, kann - für SVP und SP war das viel zu schwammig. Beide Fraktionen stellten einen Streichungsantrag. SVP-Sprecher Tobias Fischer (Hägendorf) forderte «eine konsequente Umsetzung der Sparmassnahmen». Und sein Parteikollege Christian Werner (Olten) prohezeite: «Mit einer Kann-Formulierung macht die Regierung, was sie will.» Bei der SP sah man derweil den Sparwillen in Gefahr, wie Fraktionssprecherin Fränzi Burkhalter (Biberist) erklärte. «Eine Sparmassnahme soll plötzlich einfach wieder aufgehoben werden.» Verkaufte die Regierung da

also eine Mogelpackung? Nein, sagte Esther Gassler. «Es war von Anfang an klar, wie die Vorlage ausgestaltet wird.» Die Streichungsanträge von SP und SVP wurden mit 57 gegen 37 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Grossfusion auf Verliererseite

Und die «Top 5»-Fusion? Sie trifft der Ratsbeschluss besonders hart. 2015 soll in Solothurn, Biberist, Luterbach, Zuchwil und Derendingen über das grösste Fusionsprojekt im Kanton abgestimmt werden. Kommt die Fusion zustande, hätten die Gemeinden bis gestern auf einen Zustupf von 2,3 Millionen Franken hoffen können. Doch daraus wird nichts. Ironie dieser Geschichte: Kuno Tschumi (FDP), der als Kommissionssprecher für ein Ja zur Vorlage warb, zählt als Derendinger Gemeindepräsident zu den Opfern der Streichung. Er sagte denn auch: «Die Beiträge sind nicht nur ein Zückerchen, sondern eine Tüte Zucker.» Als Liberaler sei für ihn ein ausgeglichener Staatshaushalt aber ebenso wichtig, betonte Tschumi im Gespräch.

Die Beiträge für Gemeindefusionen standen im vergangenen Jahr auch im Kanton Bern zur Debatte. Hier hat der Grosse Rat jedoch beschlossen, diese nicht zu streichen - trotz der ebenfalls angespannten Finanzlage.



Werden Solothurn, Biberist, Luterbach, Zuchwil und Derendingen im nächsten Jahr fusionieren? So oder so: Kantonsbeiträge wird es dafür keine geben. SIMON DIETIKER

Höhere Vergleichbarkeit der Gemeinden

Rechnungslegung Ab 2016 gilt für die Gemeinden das Modell HRM2. Ohne Gegenstimme segnete der Kantonsrat eine Änderung des Gemeindegesetzes ab.

VON ELISABETH SEIFERT

Der Kanton rechnet seit 2012 damit ab. Schweizweit hat sich das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell der zweiten Generation (HRM2) mittlerweile auf allen Staatsebenen durchgesetzt. Mit dem gestrigen Entscheid des Kantonsrats wird die neue Rechnungslegung ab 2016 jetzt auch bei allen Solothurner Gemeinden eingeführt. Die Sprecher sämtlicher Fraktionen betonten, dass mit dem Modell HRM2 die Transparenz und die Vergleichbarkeit der Gemeinden weiter steigen werde. Nicht ganz unschuldig daran, dass die Änderung des Gemeindegesetzes die Hürde im Kan-

tonsrat ohne Gegenstimme genommen hat, ist das Vorgehen der zuständigen kantonalen Ämter.

Die Gesetzesvorlage sei in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen, dem Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) sowie den Gemeindebeamten, erarbeitet worden, betonte Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler. Seit einiger Zeit werde das neue Modell zudem in Pilotgemeinden getestet. Vertrauensbildend wirken zudem Informationsveranstaltungen und Kurse im ganzen Kanton. «Wir werden die Gemeinden auch nach der erfolgten Umsetzung weiterhin unterstützen», versicherte Gassler.

Neues Abschreibungsverfahren

Für eine kleine Diskussion sorgte einzig das neue Verfahren bei Abschreibungen. Bisher galt bei Anlageobjekten - zum Beispiel Investitionen in Gebäude - ein genereller Abschreibungssatz von jährlich mindestens 8 Prozent. Mit HRM2 hingegen erfolgen die Abschrei-

bungen über die ganze Nutzungsdauer eines Objekts hinweg. «Damit findet eine Verschiebung der Abschreibungen statt, und zwar von der Generation, die einen Investitionsentscheid tätigt, hin zu späteren Generationen», kritisierte Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach). Damit aber steige die Gefahr, dass die Gemeinde Investitionen tätigt, ohne sich diese wirklich leisten zu können. Marianne Meister (FDP, Messen) indes erachtete es als richtig, dass die Belastungen eben nicht nur die Entscheidungsgeneration zu tragen haben, sondern auch all jene, welche die entsprechenden Anlageobjekte nutzen. Die neue Abschreibungspraxis sei zudem ein integraler Bestandteil von HRM2. Eine Einschätzung, der sich gestern die grosse Mehrheit des Kantonsrats anschliessen konnte. Mit 86 zu 10 Stimmen wurde ein entsprechender Änderungsantrag von Michael Ochsenbein abgelehnt.

Durchweg positiv bewerteten die Fraktionssprecher weitere entscheidende Neuerungen wie die Einführung einer

Schuldenbremse. Weist die Bilanz einen Fehlbetrag auf, muss dieser spätestens innerhalb von fünf Jahren abgetragen werden. Immer wieder genannt wurde auch die neue Geldflussrechnung. Unter anderem soll damit transparent gemacht werden, ob die Investitionen der entsprechenden Periode aus eigener Kraft finanziert werden konnten.

Mit HRM2 erfolge eine Angleichung der öffentlichen Finanzen an den Standard in der Privatwirtschaft, meinte SVP-Sprecher Albert Studer (Hägendorf). Vonseiten der SP gab Peter Schafer (Olten) zu bedenken, dass es gerade für kleinere Gemeinden nicht ganz einfach sein werde, sich das nötige Know-how anzueignen. Markus Dietrich (BDP, Selzach) betonte namens der Mittefraktion, dass das neue Modell aufgrund der etappenweisen Einführung für die Gemeinden durchaus umsetzbar ist. Und Doris Häfliger (Grüne, Zuchwil) meinte, dass der Mehraufwand durch die höhere Transparenz wettgemacht werde.

Siedlungsmanagement

Behörden waren schneller als grüner Kantonsrat

Da waren die Behörden schneller als der grüne Kantonsrat Felix Wettstein (Olten): Er forderte in einem Auftrag, ein sogenanntes Siedlungsmanagement zu schaffen, das Flächenreserven innerhalb von Bauzonen ausweist und «Angaben für die Siedlungsentwicklung nach innen» liefert. Doch mit dem Bauzonen-Analyse-Tool Sobat verfügen die Behörden bereits über ein Instrument für das Siedlungsflächenmanagement. Dieses werde jährlich nachgeführt. Wettstein hatte eine Anwendung aus dem Kanton Schwyz empfohlen; beim Kanton war man allerdings bereits im Luzernischen fündig geworden. Und: Die Luzerner Behörden haben ihre Anwendung gar kostenlos zur Verfügung gestellt. Laut dem Regierungsrat wäre das Schwyzer Modell im Kanton Solothurn wegen der zahlreichen kleinen Gemeinden ohnehin nur äusserst schwierig anwendbar. (SVA)